

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

8.2.1921 (No. 32)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Betreiber:
Nr. 953
und 954
Verlagskontos
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. u. b.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1. Mal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Die 2. und 3. Mal halber. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen drei Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, wenn die Zeitung nicht rechtzeitig geliefert wird, fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in dem unserer Lieferanten hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erachtet. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Baden und die Frage der Bezirks- wirtschaftsräte.

Im Ministerium des Innern fand gestern nachmittag eine Besprechung über die Organisation der Bezirkswirtschaftsräte, insbesondere über deren räumliche Abgrenzung mit Vertretern aus Handel, Industrie und Gewerbe, Arbeitervereinen, sowie Vertretern der Verbraucherschaft statt. Auch mehrere badische Reichstagsabgeordnete und andere Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrats nahmen an der Besprechung teil.

Minister Kemmle, der die Verhandlungen leitete, behandelte in seinem einleitenden Vortrage über den Stand der Frage u. a. die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß einerseits den Kreisen von Handel, Industrie und Gewerbe eine baldige Klärung der Angelegenheit geboten erscheint, andererseits aber die erforderlichen Voraussetzungen einer Entscheidung des Reichs über die Abgrenzung der Wirtschaftsbezirke für eine endgültige Stellungnahme noch nicht gegeben sind. Der Minister nahm dabei Veranlassung zu erklären, daß die Regierung den Bestrebungen gegenüber, die von Frankfurt aus auf die Bildung eines rhein-mainischen Reichswirtschaftsrats unter Einbeziehung des unweitbadischen Wirtschaftsgebietes ausgehen, den schärfsten Widerstand aufzuweisen müßte.

Die Konferenz war sich darüber einig, daß unter der Voraussetzung einer Einteilung des Reichs in 10-12 große Wirtschaftsbezirke die Frage eines besonderen badischen Wirtschaftsbezirks hinsichtlich ist und nur die Angliederung Badens an einen großen südwestdeutschen Wirtschaftsbezirk in Betracht kommen kann.

Ein in der Aussprache vorgebrachter Vorschlag, einen paritätischen Arbeitsausschuß aus führenden Vertretern des badischen Wirtschaftslebens zu bilden, der die Aufgabe haben soll, durch sorgfältige Prüfung aller Einzelfragen eine endgültige Stellungnahme vorzubereiten, fand die Zustimmung der Konferenz. Der Minister erklärte sich bereit, für die Ausführung dieses Vorschlags im Staatsministerium einzutreten.

Die Förderung der Viehzucht in Baden.

Im Ministerium des Innern fand am 5. Februar unter dem Vorsitz von Minister Kemmle eine Besprechung über die künftigen staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Viehzucht in Baden statt, zu der Vertreter der Zuchtverbände, Zuchtgenossenschaften, sonstiger landwirtschaftlicher Körperschaften und Verbände, der Tierärztekammer und des Vereins badischer Staatsveterinäre, sowie die Zuchtspektoren, Landwirtschaftsinspektoren und eine Anzahl technischer Leiter von Zuchtvereinigungen geladen waren. In einem eingehenden Vortrage gab Oberregierungsrat Felsenmeier einen Überblick über die bisherige Entwicklung der Viehzucht in Baden und stellte dann eine Reihe von Grundsätzen auf, die für die künftige Förderung unserer heimischen Rindviehzucht mit staatlichen Mitteln maßgebend sein sollen.

Diese Grundsätze fanden bei allen Erschienenen lebhaftest Zustimmung und wiederholt wurde aus der Versammlung heraus von der Regierung der Dank für die grundlegenden Maßnahmen zur Förderung der Viehzucht in Baden ausgesprochen. (Ausführlicher Bericht über die Sitzung unter „Badische Übersicht“.)

Zur Frage der Bautätigkeit.

Das Statistische Landesamt hat im Auftrage des Reichsministeriums über die Bautätigkeit in Baden in sämtlichen Gemeinden Ende Oktober 1920 eine Erhebung vorgenommen, die u. a. folgendes Ergebnis hatte:

Vom 1. Juli 1918 bis 31. Oktober 1920 wurden nach den Angaben der Gemeinden teils in Neubauten, teils durch Umbauten oder Einbauten in vorhandenen Gebäuden im ganzen 12 856 Wohnungen, und zwar 8746 Dauerwohnungen und 4110 Not- und Behelfswohnungen, fertiggestellt. Anfangs November waren außerdem noch 2781 Dauer- und 407 Notwohnungen, zusammen also 3188, in Ausführung begriffen; von den letzteren konnten bis Ende des Jahres 1920 noch 1135 Wohnungen fertiggestellt werden. Von den fertiggestellten und noch im Bau befindlichen Wohnungen (18 044) entfielen 2994 (19 Proz.) auf 749 Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern, 5618 (36 Proz.) auf 168 Gemeinden mit 2000 bis 50 000 Einwohnern, 8642 (55 Proz.) auf 5 Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern und 3795 (23 Proz.) auf 2 Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern — Karlsruhe (1245) und Mannheim (2540). — Mitfin wurden von den 1588 Gemeinden des Landes in 924 oder in rund 58 Proz. der Gemeinden seit dem 1. Juli 1918 Wohnungen errichtet, und zwar in 7 Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern im ganzen 7437 oder rund 46 Proz. und in 917 Gemeinden mit unter 20 000 Einwohnern 8007 oder rund 54 Proz. In zwei Bezirken des Landes — Baden und Schwetzingen — waren sämtliche Gemeinden an der Errichtung von neuen Wohnungen beteiligt; in jeder Gemeinde dieser beiden Bezirke besteht außerdem jetzt noch dringender weiterer Bedarf an neuen Wohnungen. Nach Ansicht der Gemeinden des Landes müssen außer den im Bau begriffenen Wohnungen zu den bisher vorhandenen — es waren am 1. November 1920 im ganzen 502 954 — alsbald noch 18 362 Wohnungen in 451 Gemeinden errichtet werden, um dem dringendsten Wohnungsbedarf zu genügen. Wenn man berücksichtigt, daß nach einer Befragung, die gleichzeitig mit der Erhebung über die bisherige Bautätigkeit gemacht wurde, am 1. Juli 1920 18 437 Familien ohne be-

der Wohnung waren — es waren dies in der Hauptsache jung verheiratete Ehepaare, die noch bei Eltern wohnten, oder Familien, die in Wohnzügen untergebracht waren und auf die Zuweisung einer Dauerwohnung warteten, oder solche, welche der Größe ihrer Familie entsprechend eine geräumigere Wohnung nötig hätten, oder verheiratete Personen, die erwerbslos in eine Gemeinde zugezogen sind, deren Familie aber zunächst nicht untergebracht werden konnte —, so dürfte der von den Gemeinden als dringend benötigter Wohnungsbedarf (18 362) im Hinblick auf die allgemein vorhandene große Zahl von Wohnungsuchenden nicht zu hoch gegriffen sein.

Umlatzsteuererklärungen.

Das Landesfinanzamt gibt bekannt: Wer im Kalenderjahr 1920 durch eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit Einnahmen erzielt hat, war verpflichtet, innerhalb des Monats Januar 1921 eine Umlatzsteuererklärung abzugeben. Wer diese Frist ohne Entschuldigung versäumt hat, kann vom Finanzamt einen Zuschlag zu seiner Steuerpflichtigkeit auferlegt erhalten, der bis zu 10 v. H. betragen kann. Wer die Steuererklärung noch nicht abgegeben hat, tut gut daran, sie schleunigst einzureichen; wohnt der Steuerpflichtige am Orte des Finanzamts, ist sie dortselbst, sonst bei der Steuerbehörde des Wohnortes abzugeben. Bei diesen Stellen erhält man auch die Beschränkung der Umlatzsteuererklärungen der Abgabepflicht wird das Finanzamt nachsichtig beurteilen.

Deutschland und Rußland.

Berlin, 7. Februar.

Klage Leute, sogenannte „Rußlandkenner“ in und außerhalb Deutschlands, haben angefangen, die jüngsten Pariser Erdröselungsbeschlüsse gemeint, Deutschland werde sich für alles, was es den Entente-Regierungen zu zahlen habe, einfach an Rußland schuldig halten, das mit seinen ungemessenen Vorräten das Meeresvolumen sei, aus dem wir nur zu schöpfen brauchen, um uns mit allem nötigen zu versorgen. Und darum rät man uns, dem englischen Beispiel zu folgen, und einen Handelsvertrag mit der Sowjetregierung ohne Zaudern abzuschließen. Die so zu uns reden, sind nicht etwa bloß unsere kommunistischen Illusionspolitiker, die ja aus Rußland weniger das Brot als die allein fertigmachende Weltrevolution importieren wollen, sondern auch Politiker und Wirtschaftler mittleren Kalibers, die sich nun einmal von ihren ideologischen Vorstellungen nicht loslassen können, denen zufolge das russische Reich immer noch gegen 23 Millionen Quadratkilometer mit gegen 130 Millionen Menschen darstellt, von denen 85 Prozent der Bewohner Ackerbau treiben. Auf diese einfache Formel gebracht, erscheint ihnen die Lösung des Versorgungsproblems Deutschlands so einfach, daß sie nicht begreifen können, warum wir uns der reichen Freigabe des russischen Bodens immer noch nicht bemächtigt haben. In diesen wunderlichen Heiligen ist scheinbar nicht nur der Krieg, der Rußland politisch zerstört und wirtschaftlich zerschmettert hat, sondern auch das zweijährige Verwüstungsregime der Bolschewisten spurlos vorübergegangen, das nicht nur jede Produktion, außer auf dem Gebiet der revolutionären Weltpropaganda, zum Stillstand gebracht, sondern das wirtschaftliche Leben des Landes auch in die Reformen des grauen Altertums zurückgeworfen hat. In Rußland hungert heute nicht nur der Städter, sondern auch der Bauer muß sein Vieh für die hungernde rote Armee, den einzigen Pfeiler bolschewistischer Herrschaft, hergeben. Hunderttausend Prozent aller Fabriken stehen still und die Arbeitenden schaffen meist nur Kriegsmaterial, sind also auch unproduktiv. Und wenn man sieht, daß die Moskauer Regierung, die eins der größten Kohlenbecken der Welt im Donez ihr eigen nennt, soeben wieder 19 Eisenbahnlinien aus Mangel an Heizmaterial hat stilllegen müssen, dann müßte schließlich auch unseren sogenannten Rußlandkennern ein Licht darüber aufgehen, daß ein Land, das weder über Produkte noch auch über Transportmittel verfügt, um sie uns zuzuführen und eine Regierung, die diese trostlosen Zustände ganz allein verschuldet hat, im Augenblick nicht das Ziel unserer wirtschaftlichen Sehnsucht sein kann.

Und dennoch, wir brauchen Rußland und Rußland braucht uns. Darüber sind sich auch die Russen selbst, hier meine ich die Bürgerlichen, völlig im Klaren. Und wie beispielsweise die Berliner russischen Demokraten, im besonderen die „Partei der Volksfreiheit“, über dieses Problem denkt, sei im nachstehenden ausgeführt. Die Wiederaufrichtung Rußlands, so meinen sie, ist ein Erfordernis der Weltkultur. Der Niedergang ihres Vaterlandes ist dagegen nur solchen Mächten erwünscht, die seine frühere Machtstellung aus irgend welchen Gründen fürchten zu müssen glauben. Zu diesen gehört England, das die bolschewistische Propaganda immer noch als das kleinere Übel ansieht und dem ein einziges und ungeteiltes Großrußland auch heute noch ein Dorn im Auge sein würde. Deutschland besitzt heute keine Kolonien und keine Flotta mehr. Die Zufuhr von Rohstoffen über See und damit das Gedeihen seiner Industrie ist damit in Abhängigkeit geraten von Mächten, die die Meerwege beherrschen. Die einzige Möglichkeit, aus diesem Basallenverhältnis herauszukommen, ist für Deutschland folglich nur die Beschaffung von Rohstoffen auf dem Landwege aus Rußland. Alle seine Handelsbeziehungen mit Südamerika, Afrika, China und anderen Überseeestaaten stehen im Zeichen der Abhängigkeit von der Macht anderer. Nur mit der Wiederaufrichtung Rußlands kann Deutschland seine Unabhängigkeit wiedererlangen.

Freilich, im Augenblick haben Deutschland und Rußland keine gemeinsamen Grenzen. Die Ententestaaten haben in weitschauender Vorsicht sie dieser beraubt, nicht etwa, um das erstere vor dem Bolschewismus zu schützen, sondern um zwei notleidende Länder von einander zu trennen. Nichtsdestoweniger wird im Falle des Aufstiehs Rußlands die Trennungsschicht sich als allzu dünn erweisen, um die Vereinigung zweier Riesen zu verhindern. Deutschland ist aber der westliche Nachbar des russischen Reiches, seine Rohstoffe können ihm daher nur durch das zentrale europäische Rußland zuzuführen. Es ist somit an der Einheit des russischen Staates interessiert, denn sein Zerfall in kleinere Staaten, würde ihn aller wirtschaftlicher Vorteile seiner Nachbarschaft berauben.

Aber Rußland ist für Deutschland nicht nur eine reiche Quelle für den Rohstoffbezug, sondern auch das beste Absatzgebiet für seine Industrieerzeugnisse. In dieser Beziehung liegen die Dinge zurzeit ungünstig, weil Rußland hierfür nichts in Tausch geben kann. Aber auch hier zeigt es sich, daß Deutschland auf dem Wege zu erwerbender Konzeptionen und Mandate vor den anderen Staaten die größeren Chancen voraus haben würde, sobald in Rußland eine Regierung ans Ruder gekommen sein wird, die nicht nur Verträge abzuschließen bereit ist — das sind ja auch die Bolschewisten —, sondern auch genügende Garantien für ihre Einhaltung bietet.

So braucht denn Deutschland nicht nur ein zu produktives und staatlich-normalen Formen zurückgekehrtes und ungeteiltes Rußland, sondern auch ein Rußland mit staatlichen Machtmitteln, die auch für die Erreichung seiner eigenen Zwecke erforderlich sind. Und darin unterscheidet sich Deutschland in den Augen nicht nur der russischen Demokraten, sondern wohl auch in denen der Mehrzahl der russischen bürgerlichen Parteien, von allen anderen Staaten.

Die Schulförderung und Schulbeginn.

(Aus der Rede des Ministers Hummel im badischen Landtag.)

Bei der in voriger Woche vorgenommenen Beratung des 2. Nachtrages führte Unterrichtsminister Hummel aus:

Wenn davon gesprochen worden ist, daß es in unserem Ministerium an der nötigen „Initiative“ auf dem Gebiete der Schulförderung fehle, so möchte ich doch auf eines hinweisen: Wenn überhaupt in Deutschland, im Reichsschulenausschuß und in Berlin, Schulfragen allgemeiner Art rasch und unerbittlich in Angriff genommen worden sind, so ist das nicht zum mindesten darauf zurückzuführen, daß gerade das badische Unterrichtsministerium von den ersten Tagen an, in denen diese Fragen in Berlin auftraten, seinerseits auf die Fragen hingewiesen hat, die zur Behandlung kommen; ich glaube sagen zu können, daß bei der Aufstellung des Programms der Reichsschulkonferenz es insbesondere unsere Vorschläge waren, die zur Erörterung dieser wichtigen Fragen geführt haben. Und wenn überhaupt von Initiative die Rede ist, so weiß man, glaube ich, an anderen Stellen mindestens besser als das hier der Fall war, daß es uns an der nötigen Initiative nicht gefehlt hat. Ich darf doch darauf hinweisen, daß wir im Jahre 1920 die Landesschulkonferenz abgehalten haben, es hat eine Reichsschulkonferenz stattgefunden, wir haben eine Kreisschulratskonferenz veranstaltet und eine Direktorenkonferenz, wir haben viele Sitzungen des Reichsschulenausschusses befohlen müssen, wir haben schon eine ganze Reihe Hochschulkonferenzen gehabt und morgen beginnt eine erneute Hochschulkonferenz in Heilbronn. Dazu kommen die zahlreichen Sitzungen innerhalb des Ministeriums selbst. Und nun kann man neben

Mit einer Beilage: 12. u. 13. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

dieser ungeheuren Belastung doch hervorheben, daß auf einer ganzen Reihe von organisatorischen Gebieten im Verlauf dieses Jahres von uns maßgebendes geleistet worden ist.

Trotz dieser ungeheuren Belastung sind wir in der Umgestaltung unseres Schulwesens auf Grund unserer Initiative vorwärts geschritten. Es ist ja als erstes allgemeines und bedeutendes Gesetz das Grundschulgesetz vom 18. April 1920 erschienen, das die vierjährige Dauer der Grundschule in Deutschland festgelegt hat. In Verfolgung dieses Gesetzes und in Verfolgung der übrigen Bestimmungen der Reichsverfassung, auch in Ausführung der bodischen Verfassung war es auch schon vorher notwendig geworden, zunächst die staatlichen Vorschulen aufzuheben, was unsererseits geschehen ist. In bezug auf die Aufhebung der privaten Vorschulen sind wir mit zwei Erlassen vorgegangen, in denen zunächst die Aufhebung auf das Jahr 1924/25 angeordnet, im Zusammenhang mit Bestimmungen der Reichsverfassung in einzelnen Fällen aber dann die Möglichkeit gelassen wurde, die Aufhebung der Vorschulen bis zum Jahre 1929/30 zu verschieben.

Die wichtigste und wesentlichste Wirkung dieses Grundschulgesetzes war aber der Einfluß auf den Beginn des Schuljahres, über den ja auch hier die verschiedensten Redner des Hauses schon gesprochen haben. Der Herr Abg. D. Mayer hat vorhin die Meinung ausgesprochen, es sei nicht unter allen Umständen notwendig, den Beginn des Schuljahres in den höheren Schulen und den Volksschulen zusammenzulegen, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Solange das Reichsgesetz über den vierjährigen Bestand der Volksschule besteht, kann ich für meine Person einen anderen Weg nicht erblicken, als das Zusammenlegen des Anfangs der Volksschulen und der höheren Schulen. (Abg. D. Mayer: Ich meine, aus theoretischen Erwägungen!) Ich bin eben genötigt, die Reichsgesetze zu vollziehen und muß darnach verfahren. Bei uns in Baden waren die Dinge so geordnet, daß wir einen dreieinhalbjährigen Volksschulbesuch dem Besuch der höheren Schulen vorausgehen ließen. Wir hatten infolgedessen einen verschiedenen Beginn der höheren Schulen und der Volksschulen. In den Volksschulen begann das Schuljahr an Ostern, in den höheren Schulen im Herbst, so daß der Ausgleich mit den dreieinhalb Jahren dadurch automatisch herbeigeführt wurde. Infolge des Grundschulgesetzes ist es nun notwendig geworden, den Beginn der Volksschulen und der höheren Schulen auf einen Termin zusammenzulegen. Auf der anderen Seite stand aber dem gegenüber die ganz verschiedenartige Regelung des Schuljahresbeginns durch ganz Deutschland hindurch. In den verschiedenen Ländern waren die Dinge ganz verschieden geordnet. In Preußen ist seit unvorbenklichen Zeiten der Schulbeginn für die höheren Schulen und für die Volksschulen an Ostern, und die Gesundheitsstatistik in Preußen hat bisher eine größere Sterblichkeit als in den süddeutschen Staaten nicht ergeben. In Württemberg war für die Volksschule auf dem Lande der Schulbeginn an Ostern, in den kleinen höheren Schulen im Frühjahr, in den großen höheren Schulen im Herbst. In Bayern haben die höheren Schulen im Herbst begonnen, die großen Volksschulen auch im Herbst und die kleinen Volksschulen am 1. Mai, d. h. also die ländlichen Volksschulen in Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landbevölkerung. Diese verschiedenartige Regelung des Schuljahresbeginns in Deutschland hat im Lauf der Jahre große Unzuträglichkeiten ergeben, vor allem Schwierigkeiten bei der Umschulung von Schülern. Denn wenn die Eltern von einem Staat mit der einen Regelung in einen Staat mit der anderen Regelung verzoogen sind, hat sich dabei die Notwendigkeit ergeben, daß der Schüler ein Jahr verloren hat, weil er nicht in dieselbe Klasse eintreten konnte, aus der er kam, weil er in dem anderen Staat eben noch eine zu geringe Unterrichtszeit in der betreffenden Klasse verbracht hätte. Deshalb war er genötigt, in die nächst untere Klasse einzutreten, so daß eben der Verlust eines Jahres damit verknüpft war. Man war sich darüber einig, daß das ein Zustand sei, mit dem unbedingt ein Ende gemacht werden müsse. Das Bedürfnis der Zusammenlegung des Schuljahresbeginns durch ganz Deutschland hindurch war in der pädagogischen Fachpresse und der Tagespresse allgemein anerkannt und ein wirkliches Bedürfnis. Es war deshalb auf unsere Anregung hin erklärlich, daß in den Sitzungen des Reichsschulsausschusses und der Tagung der Reichsschulkonferenz die Frage der Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns durch ganz Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Wir haben zunächst einen abschließenden Standpunkt in dieser Frage nicht eingenommen. Ich habe mir erlaubt auf der Landesschulkonferenz auf die Bedeutung dieser Frage hinzuweisen in der Annahme, daß ich eine Stellungnahme aus der Mitte der Landesschulkonferenz verzeichnen könnte. In dem stenographischen Protokoll der Landesschulkonferenz, Seite 17, befinden sich meine dahingehenden Bemerkungen zu dieser Frage. Mündliche Bemerkungen hinsichtlich des Schuljahres haben aber sehr wenige stattgefunden trotz der Bedeutung der Frage und trotzdem anzunehmen war, daß das Grundschulgesetz sehr bald erscheinen würde, was sich ja auch bestätigt hat.

Wir haben über die Verlegung des Schuljahresbeginns für die Volksschulen auf den Herbst sämtliche Kreisräte gehört. Sie haben einstimmig erklärt, daß sie es für unmöglich halten, insbesondere vom Standpunkte der Überlegung, die ich eben gemacht habe, aber auch deshalb, weil der Übergang in die bürgerlichen Berufe um die Ostertzeit leichter ist als im Herbst. Wenn man in einen bürgerlichen Beruf im Herbst übergeht, dann steht man oft vor der Tatsache, daß in einer Reihe von Berufen um diese Zeit überhaupt nicht mehr gearbeitet wird, so im Baugewerbe, der Landwirtschaft und in einer ganzen anderen Reihe von Berufen. Die Schulkinder, die dann entlassen werden, würden in ein Stadium gezwungener Faulenzerei hineingeworfen, das für den Übergang in den neuen Beruf nicht sehr günstig wirken würde, ganz abgesehen davon, daß die Gefahr bestünde, daß sie sich dann be-

rufen zuwenden würden, die uns weniger wünschenswert sind als die Tätigkeiten, die in einem geordneten Berufe vorliegen, besonders in der Landwirtschaft. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Verlegung des Schuljahresbeginns auf den Herbst im letzten halben Jahr des 8. Schuljahres unerträgliche Zustände schaffen würde. Die Landwirtschaft wäre schwerer dazu zu bringen, auf die Mitarbeit ihrer Kinder in diesem halben Jahr zu verzichten, und so würde man eben praktisch auf die 7½-jährige Schulzeit kommen, was in Bayern in den ländlichen Gegenden infolge dieser Regelung vielfach der Fall ist. Es liegt auch im Interesse der Durchführung der achtjährigen Volksschulpflicht, bei der jetzigen Regelung zu verbleiben. Ich weise hin auf die Schwierigkeiten für die kleinen Anfänger, die genötigt wären, wenn wir den Schuljahresbeginn für die Volksschulen auf den Herbst verlegen würden, über den gefallenen Schnee zum erstenmal den Schulweg zu machen, insbesondere in den Gebieten des Schwarzwaldes. So ist es doch möglich, daß sie den Schulweg im Frühjahr zu einer Zeit machen, wo die Tage länger sind und das Gelände übersichtlich ist, während das im Herbst außerordentlich schwierig wäre. (Schluß folgt.)

Politische Neuigkeiten.

Weitere Proteste.

* Bei der Reichsregierung ist eine Fülle von Telegrammen von den Parteioptionen und von Industrie und Handel eingegangen, in denen auf die verhängnisvollen Folgen hingewiesen wird, die namentlich für die deutsche Wirtschaft durch die Annahme der Pariser Beschlüsse entstehen würden. Die Regierung wird gebeten, fest auf dem Standpunkte, wie ihn Reichsminister Dr. Simons im Reichstage vertreten hat, zu bleiben.

Der Einspruch Amerikas.

Aus einem Artikel von Perlinax im „Echo de Paris“ ist laut „N. Fr.“ zu entnehmen, daß im Duai d'Orsay offenbar offiziell die Nachricht eingetroffen ist, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht bereit ist, die 12prozentige Ausfuhrsteuer, die auf der Pariser Konferenz beschlossen wurde, zu akzeptieren. Die Gründe, die dazu führten, daß die amerikanische Regierung sich weigert, diese Beschlüsse anzuerkennen, liegen darin, daß die amerikanischen Geschäftsleute unter einer Beeinträchtigung des deutsch-amerikanischen Handels schwer zu leiden hätten.

Die Pariser Ausgabe der „Chicago-Tribune“ meldet aus New York, daß James Hamilton-Reis, der ehemalige Einseitiger der Demokraten im Senat, vor dem Verein der Fern-Weit-Reisenden einen Vortrag hielt, in dem er die Pariser Beschlüsse besprach. Er sagte auseinander, daß die amerikanischen Geschäftsleute die Regierung unterstützen müßten, um zu verhindern, daß Deutschland vernichtet werde. Die Vernichtung von Deutschland würde den Anfang vom Ende für den amerikanischen Handel bedeuten. Die Wiedergutmachungsbeschlüsse der Pariser Konferenz seien geeignet, die Zentralmächte in Amerika von jeglicher wirtschaftlicher Hilfe abzuschneiden. Die Zahlungsweise sei offensichtlich so aufgesetzt worden, daß Deutschland von keinem anderen Kreditländer Hilfe erhalten könne. Die Vereinigten Staaten dürften dies Unrecht nicht zulassen.

Die Eröffnungen, welche der englische Finanzminister Chamberlain am letzten Freitag in Birmingham gemacht hatte, nämlich, daß die englische Regierung die formelle Annulierung der interalliierten Schuld vorgeschlagen habe und daß dieser Vorschlag von der amerikanischen Regierung angenommen worden sei, ist nach einer Londoner Wäntermeldung in New York als große politische Sensation wiedergegeben worden. Das amerikanische Publikum hat von der Existenz eines solchen Vorschlages bis jetzt nichts gewußt, und die nächste Folge der Enthüllungen Chamberlains war ein sofortiges Anschwellen der Opposition gegen die Wilson-Partei und gegen die anti-englische Regierung. In Regierungskreisen in Washington gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß die Alliierten ihre Schulden gegenüber Amerika zahlen können und wollen!

Ein amerikanischer Vorschlag.

Wir hatten bereits gemeldet, daß Senator France eine Resolution vorlegen wolle, die die Vereinigten Staaten einlädt, auf eine Bezugszahlung der von den Alliierten in Paris vorgeschlagenen Entschädigungssumme hinzuwirken. Die englischen Wänter melden nun, daß er dem Senat auch einen Entwurf der Vorschläge unterbreiten werde, die Amerika machen solle. Sie lauten im einzelnen:

1. Bezugszahlung der deutschen Entschädigungssumme auf 15 Milliarden Dollar oder 28 jährliche Zahlungen von 1 Milliarde Dollar, von denen jede das Kapital und die amwachsenden Zinsen darstellt.
2. Gewährung eines Kredits an Deutschland in Höhe von 5 Milliarden Dollar im Hinblick auf seine afrikanischen Kolonien und die Kabel, die während des Krieges weggenommen wurden.
3. Vollmacht zum Ankauf der Kolonien und Kabel durch die Vereinigten Staaten für die genannte Summe von 5 Milliarden Dollar, die gegen die Schulden der Alliierten an Amerika in Zahlung genommen würden.

Die Verhandlungen in Brüssel.

Wie verlautet, hat der erste Delegierte der deutschen Delegation für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel für den 7. Februar erhalten. Herr Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durchbearbeitung der Pariser Beschlüsse befaßt sei und hierbei die Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könnte.

Bayern und das Reich.

Amlich wird aus München gemeldet: Der bayerische Ministerpräsident ist Sonntag nachmittag von der Konferenz der Ministerpräsidenten zurückgekehrt, die die Reichsregierung auf den 5. Februar nach Berlin eingeladen hatte. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des Reichstanzlers tagte, beschäftigte sich mit der Faltung, die die Reichsregierung der Pariser Note der alliierten Mächte gegenüber einnehmen wird. Das Wort des bayerischen Ministerpräsidenten war entsprechend nach seinem Antrag durch den Beschluß des Ministerrates und der Führer der Koalition vom letzten Freitag festgelegt. Da über diese Vorschläge keine Einigung erzielt werden konnte, berief der Ministerpräsident am Montag nachmittag eine neue Ministerratsitzung, die indessen wegen dienstlicher Abwesenheit

eines Kabinettsmitgliedes auf Dienstag vormittag verschoben wurde. In dieser Sitzung sollte der Ministerpräsident über den Verlauf der Berliner Verhandlungen berichten und das gesamte Ministerium zu neuen Beschlüssen veranlassen.

Reaktionäre Betze in München.

Über neue reaktionäre Treiberien in München wird der „Frankf. Ztg.“ von dort gemeldet:

„Durch Aufrufe an den Aufschlagäulen werden die chauvinistischen Leidenschaften der Münchener Bevölkerung in unverantwortlicher Weise angefeuert. Neben einer denartigen von der Deutschnationalen Volkspartei unterschriebenen Kundgebung ist eine solche von anonymen Seite erschienen, in der die Reichsregierung in der niederträchtigsten Weise beschimpft und an das deutsche Volk die Frage gerichtet wird, ob es die Entscheidung über seine letzte Ehre wieder in die Hände einer Regierung in Berlin legen wolle, die den deutschen Namen seit zwei Jahren habe erniedrigen lassen und nun die Ehre für materielle Vorteile verschleudern wolle. Die Frage der Einwohnerwehren ist zwar in diesem in einer geradezu tollen Sprache verfaßten Aufruf nicht ausdrücklich erwähnt, doch geht aus dem Zusammenhang hervor, was gemeint ist, wenn die Bevölkerung aufgefordert wird, zu zeigen, daß sie zum Aufrichten bereit sei, um zu verhindern, daß Deutschland eine französische Kolonie werde, und wenn im Anschluß hieran der Appell ergeht: „Auf zum Widerstand, heraus mit Eurem Horn!“ Bemerkenswert ist, daß dieses aufreizende Plakat die ausdrückliche Genehmigung derselben Polizeibehörde gefunden hat, die erst vor wenigen Tagen alle Versammlungen und Kundgebungen des verfassungstreuen republikanischen Schulbundes verboten hat. Von parlamentarischer Seite sind Schritte eingeleitet, um von dem Minister des Innern — das ist Herr v. Mohr — wegen dieser Duldung einer bewußten Hetze gegen die Reichsregierung und einer Störung des inneren Friedens Rechenschaft zu fordern.

Unter den Augen der Behörden ereignete sich gestern abend eine weitere für die Zustände in München bezeichnende Störung der öffentlichen Ordnung. Nach Schluß einer Massenversammlung der „National-Sozialistischen Arbeiterpartei“ zogen einige tausend Teilnehmer durch die Straßen, um vor zwei Hotels, in denen Mitglieder der Entente-Kommissionen wohnen, zu demonstrieren. Im Vorbeimarsch erzwang die Menge die Schließung eines vornehmen Kabarettlozals und wandte sich dann dem Deutschen Theater zu, wo als letzte der durch Regierungsverbot aufgehobenen Festingsveranstaltungen der zweite Kesselfuß stattfand. Die Demonstranten umlagerten länger als eine Stunde lärmend und patriotische Rieder singend das Haus, ehe die Polizei einschritt. Mehrere Ständemacher, die in die Theateräume eingebracht waren, wurden verhaftet, zwei von ihnen mußten aber wieder freigelassen werden, da sie sich — als Mitglieder der Polizei legitimierten.

Die „Bayerische Staatszeitung“ erinnert mit Recht daran, daß Bayern noch den Belagerungszustand habe, umzulage also verboten seien. Das Regierungsorgan gibt bei dieser Gelegenheit der Verwunderung Ausdruck, daß die Polizei, obwohl ihr bekannt gewesen sei, daß die Demonstrationen geplant waren, nichts getan habe, sie zu verhindern. Die mit dem Gedenktag geschmückten Demonstranten liefen bei ihrem Zuge durch die Stadt: „Die Reaktion marschiert!“ Und damit hätten sie recht!

Zum Fall Kerkhoff

Schreibt die „Frankf. Ztg.“:

„Man wird es der Deutschnationalen Partei nachfühlen können, wie unangenehm ihr gerade jetzt vor den Wahlen die Ausbreitung der schweren Beschuldigungen sein muß, die gegen ihr Fraktionsmitglied von dem Kerkhoff erhoben werden. Sie hat deshalb den Versuch gemacht, der peinlichen Affäre die Spitze abzubrechen, indem sie durch den Abgeordneten Schulz-Bamberg an den Finanzminister das Ansuchen stellen ließ, für den der Steuerhinterziehung beschuldigten Abgeordneten von dem Kerkhoff eine Ehrenerkklärung abzugeben. Das war schön, aber, wie die Dinge lagen, unvorsichtig und hat gerade das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zur Folge gehabt. Denn in der Debatte, die dieses Reklamationsmanöver im Hauptauschuß des Reichstages auslöste, wurde festgestellt, daß ein gegen von dem Kerkhoff eingeleitetes Verfahren wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung nur mit Rücksicht auf dessen Immunität als Abgeordneter eingeleitet wurde, doch wichtige Affäre, die zur Aufklärung des Tatbestandes hätten dienen können, auf geheimnisvolle Weise verschwinden und, endlich, daß Herr v. d. Kerkhoff in großem Umfang jene dunkle Geschäfte betrieben hat, die über ein besonderes Konto „Schmiergelder“ zu laufen pflegen. Schade, daß mit den verschwindenden Akten auch die Bücher, in denen diese Posten als „Verdünnungen“ einzeln aufgeführt waren, abhanden gekommen sind. Sie hätten vielleicht die eigenartige Rolle, die der Abgeordnete v. d. Kerkhoff bei der in der Angelegenheit der Deutschen Werke A.-G. vielgenannten Firma Wagner und Engler gespielt hat, ein wenig erhalten und darüber hinaus zu dem Thema Korruption wertvolles Material liefern können. Für die Vergehen des Abg. v. d. Kerkhoff wird, wie in der Aussprache von fast allen Rednern mit erfreulicher Einmütigkeit betont worden ist, kein anständiger Mensch dessen Fraktion verantwortlich machen wollen oder können. Für die Deutschnationale Partei selbst aber wird der Fall Kerkhoff offensichtlich eine heillose Lehre sein. Sie, die sich seit zwei Jahren aufspielt, als habe sie allein die Begriffe politische Anständigkeit, nationale Würde und staatsbürgerliches Pflichtbewußtsein in Erbpacht genommen, und die mit der Entzückung über die Verfehlungen des Abgeordneten Erzberger monatelang ihre politischen Geschäfte gemacht hat, wird vielleicht daraus lernen, daß die Mitgliedsliste zur Deutschnationalen Partei noch kein Zeugnis für die moralische Unbedenklichkeit ihrer Inhaber ist, und daß Korruption und die anderen fittlichen Verfallserscheinungen unserer Zeit kein Produkt der Revolution und der Republik sind, sondern schon vorher im monarchischen Deutschland ihre giftigen Wüsten getrieben haben. Sie konnte das gestern sogar von Herrn Gelferich bestätigt hören, der sich zu dem in seinem Munde immerhin bemerkenswerten Geständnis bequemen mußte, daß er schon während des Krieges die Zunahme der Korruption habe beobachten müssen. In den zahllosen Agitationstreden, in denen er seit Jahr und Tag das neue Deutschland in den Schmutz zu ziehen, und in majorem gloriam der Vergangenheit der Demokratie alle Sünden des alten Regimes an die Hochstiche zu hängen verfuhr, hat Herr Gelferich von dieser Beobachtung geschildert geschwiegen. Bei einem politischen Gegner würde er solche Handlungsweise sicher als Mangel an politischen Instandsgedühl und als Demagogie auslegen. Und er hätte recht damit.“

Die Reichstagsfraktion der deutschnationalen Volkspartei teilt zu dem Fall ihres Mitgliedes von dem Kerkhoff mit, von dem Kerkhoff habe angefragt, ob der Reichsfinanzminister Dr. Wirth im Hauptauschuß des Reichstages gegen ihn er hobenen Beschuldigungen der deutschnationalen Fraktion des Reichstages kein Reichstagsmandat sofort zur Verfügung gestellt. Die Fraktion habe in eingehender Verhandlung Erklärungen von dem Kerkhoff entgegengenommen. Sie sah auf Grund dieser Erklärungen keinen Anlaß, von dem Angebot des Abgeordneten auf Mandatsniederlegung Gebrauch zu machen.

